

Die Situation jüdischer Überlebender in Stuttgart

Als die Alliierten 1945 Deutschland besetzte, trafen sie im Gebiet der späteren westlichen Besatzungszonen auf etwa 6,5 bis 7 Millionen „displaced persons“, z.B. Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und ehemalige Konzentrationslagerinsassen. Für deren Unterbringung richteten die amerikanischen Militärbehörden in Stuttgart sogenannte DP-Lager ein, eines davon befand sich in der Reinsburgstraße im Stuttgarter Westen. Wohnungen von Privatpersonen wurden beschlagnahmt und an jüdische DPs übergeben. Das Lager war im Gegensatz zu vielen anderen DP-Camps nicht abgeschlossen. Die Reinsburgstraße war eine öffentliche Durchgangsstraße und es lebten weiterhin Deutsche in Wohnungen, die nicht von der Beschlagnahmung betroffen waren. Manche DPs wurden in Privatwohnungen einquartiert, wo sie gemeinsam mit deutschen Mietern wohnten. Insbesondere der Stuttgarter Polizei war das Lager ein Dorn im Auge, da sich in unmittelbarer Nähe ein florierender Schwarzhandel entwickelt hatte, worauf sie aber keinen Zugriff hatte, da das Lager amerikanischen Militärbehörden unterstand.



Titelblatt des im DP-Lager entstandenen Fotoalbums von Alexander Fiedel
© UNITED STATES HOLOCAUST MEMORIAL MUSEUM neg. 07621

Am 25. Februar 1948 erschien in der Stuttgarter Zeitung folgender Artikel:

Die Reinsburgstraße

- E. Sch. (= Erich Schairer, Mitherausgeber) Nehmen wir einmal an, Ihr geistesgestörter Stiefvater (den Sie freilich lange für ein Genie gehalten hatten) habe sämtliche Mitglieder einer Nachbarsfamilie bis auf eines ermordet und deren Haus angezündet. Würden Sie sich nicht für verpflichtet halten, gegen den Übriggebliebenen besonderes
- 5 nett zu sein, auch wenn er Ihnen nicht sympathisch wäre?
- Wenn Sie diese Frage, wie ich vermuten möchte, bejahend beantworten werden, so lassen Sie sich verraten, daß die 1.500 polnischen **Juden** in der oberen Reinsburgstraße in Stuttgart in ihrer Mehrzahl die Überlebenden der jüdischen Bevölkerung von **Radom** sind, die im August 1942 von der deutschen SS „liquidiert“ worden ist.
- 10 Von den über drei Millionen polnischer Juden, mit deren Ausrottung Hitler die SS beauftragt hatte, sind etwa 150.000 übrig geblieben, einer unter zwanzig. Von den 450.000 in Warschau, rund 10.000, einer von fünfundvierzig. In Radom, einer Stadt

von 90.000 Einwohnern, lebten damals 30.000 Juden, die „ausgesiedelt“ wurden. Sie wurden wie Schlachtvieh zusammengetrieben, Männer, Frauen und Kinder; dann wurden zwei Haufen gemacht. Der eine, große, waren diejenigen, die gleich umgebracht werden sollten, weil sie zu schwerer Arbeit untauglich erschienen (...)

Der kleine Haufen, im ganzen nur etwa 3.000 Personen, war zur „Vernichtung durch Arbeit“ bestimmt. Sie wurden zunächst in ein Lager am Ort gesperrt, dann auf Maidanek, Auschwitz und andere Konzentrationslager verteilt und kamen im Sommer 1944, beim Rückzug aus Polen, größtenteils nach Vaihingen an der Enz. Beim Zusammenbruch im April 1945 war etwa die Hälfte dieser Leute noch am Leben, die Widerstandsfähigsten, nicht immer die Besten. Für sie ist, nach verschiedenen Zwischenstationen, im August 1945 das Lager in der Reinsburgstraße eingerichtet worden. (...)

Hier möchte ich nun gerne etwa folgendermaßen weiterschreiben können: Landtag und Regierung in Württemberg-Baden erklärten es nach Eröffnung des Lagers in der Reinsburgstraße für ihre selbstverständliche Christenpflicht, an den Überlebenden des grausigsten Verbrechens der neueren Geschichte nach Kräfte wieder gutzumachen, was an ihnen und ihren toten Angehörigen von der vorausgegangenen deutschen Regierung gesündigt worden war. Alle jüdischen DP mit der KZ-Tätowierung auf dem Unterarm werden als Gäste der württembergisch-badischen Regierung behandelt, bis sie unser Land verlassen könne. Sie haben Anspruch auf doppelte Lebensmittelrationen, anständige Kleidung und bequeme Wohnung, alles auf Staatskosten. Sie erhalten freie Fahrt mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln, für ihre Vertreter sind bei allen öffentlichen Veranstaltungen Ehrenplätze reserviert. (...)

So oder so ähnlich müßte es heißen können, wenn es nach meinem – nicht auch nach Ihrem? – Begriff von Recht und Gerechtigkeit ginge, der verlangt, daß Unrecht wieder gutgemacht werde, einerlei ob der, um den es sich handelt, mir gefällt oder nicht, ob er z.B. Schwarzhändler ist oder nicht. Natürlich werden mir kluge Leute beweisen, daß ich mich da in utopistische Regionen verstiegen hätte und daß es in der Politik eben nicht immer so zugehen könne, wie man es in der Kirche – wenigstens predige. Aber ich kann mir nicht helfen: dann kann ich den Juden in der Reinsburgstraße auch ihren Schwarzhandel nicht übelnehmen. Er ist so wie die Dinge liegen, ein Akt der Selbstbehauptung (...)

Andere werden mir entgegenhalten, daß man ja auch die deutschen Juden, die alles verloren hätten, bis jetzt nicht entschädigt habe; daß man auch den politisch Verfolgten, den Bombengeschädigten, den Flüchtlingen die kalte Schulter zeige, die uns „näher stünden“ als die Einwohner von Radom. Und doch finde ich, daß an diesen Menschen der nationalsozialistische Staat am schlimmsten gefrevelt hat (...)

(Archiv Stuttgarter Zeitung)

1. Arbeite heraus, welche Informationen der Leser über die im Stuttgarter DP-Lager Reinsburgstraße untergebrachten Juden erhält.
2. Erläutere, welche Haltung der Autor gegenüber den DPs einnimmt.
3. Stelle Vermutungen darüber an, wie die Stuttgarter Bevölkerung und die Behörden den jüdischen Bewohnern gegenüber eingestellt sind. Beachte dafür insbesondere Z. 24-34.
4. Beurteile vor dem Hintergrund der Artikelinformationen das gängige zeitgenössische Argument, die deutsche Bevölkerung habe nur sehr wenig oder fast nichts über die nationalsozialistischen Gräueltaten gewusst.